

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Vorwort.....</b>	<b>1</b>
<b>Kurzfassung.....</b>	<b>7</b>
<b>Kapitel I</b>	
<b>Aktuelle Probleme der Wettbewerbspolitik.....</b>	<b>58</b>
<b>Google, Facebook &amp; Co – eine Herausforderung für die Wettbewerbspolitik.....</b>	<b>58</b>
1 Problemaufriss.....	58
2 Besonderheiten von Internetdiensten.....	60
2.1 Plattformstruktur.....	61
2.2 Daten als Wettbewerbsfaktor.....	62
2.3 Portfolio- und Konglomerateffekte.....	63
3 Datenzugriff und Marktmacht.....	63
4 Internetplattformen als wesentliche Einrichtungen?.....	65
5 Ausgewählte Missbrauchsverfahren.....	66
5.1 Schutz der Suchneutralität (Google).....	66
5.2 Verhinderung der Nutzung von Skaleneffekten durch Wettbewerber.....	68
5.3 Erste Stellungnahme zum bisherigen Vorgehen der Kartellbehörden.....	68
6 Einzelne Ansatzpunkte zur Einhegung eines übermäßig weitreichenden Datenzugriffs .....	69
6.1 Anpassung der Fusionskontrollregeln?.....	69
6.2 Strukturelle Maßnahmen, insbesondere Entflechtung.....	70
6.3 Regulierungsmaßnahmen.....	71
6.4 Datensouveränität und Transparenz.....	71
7 Ausblick: Datenzugriff und Wettbewerb.....	72
<b>Neuere Entwicklungen im Energiebereich.....</b>	<b>74</b>
1 EEG-Reform .....	74
1.1 Gesetzentwurf der Bundesregierung.....	74
1.2 Volkswirtschaftliche Würdigung .....	76
2 Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen.....	77
2.1 Gesetzentwurf der Bundesregierung.....	77
2.2 Würdigung des Gesetzentwurfs.....	79
3 EEG-Beihilfeverfahren .....	79
3.1 Darstellung .....	79

3.2	Wettbewerbspolitische Würdigung.....	83
3.3	Verbleibende Risiken für deutsche Unternehmen .....	84
<b>Kriminalisierung von Kartellrechtsverstößen in Deutschland?.....</b>		<b>86</b>
1	Aktuelle Impulse für die Debatte um eine Kriminalisierung.....	86
2	Gegenstand einer möglichen Kriminalisierung.....	86
3	Rechtliche Rahmenbedingungen.....	87
4	Anwendungspraxis.....	90
5	Ausreichende Abschreckungswirkung des derzeitigen Sanktionensystems?.....	92
6	Präventivwirkung von Kriminalstrafen.....	96
7	Principal-Agent-Problem.....	99
8	Strafrechtsdogmatische Anforderungen und Kohärenz.....	99
9	Erfahrungen im Ausland.....	101
10	Flankierende Maßnahmen.....	102
10.1	Kronzeugen-Regelung.....	103
10.2	Settlements.....	105
10.3	Zuständigkeit und Koordination der Behörden.....	106
11	Sonstige Optionen zur Erweiterung des Sanktionensystems.....	107
11.1	Berufsverbot.....	107
11.2	Erhöhte Aufdeckungswahrscheinlichkeit durch Belohnung von Whistleblowing?.....	108
11.3	Unternehmensstrafrecht.....	111
12	Fazit.....	112
<b>Wettbewerbsdefizite auf Taximärkten.....</b>		<b>114</b>
1	Einleitung.....	114
2	Rechtlicher Rahmen.....	114
3	Rechtfertigung der Regulierung?.....	117
3.1	Notwendigkeit einer Konzessionsbeschränkung?.....	117
3.2	Notwendigkeit einer Preisregulierung?.....	119
4	Wettbewerb zwischen dem Taxi- und Mietwagenverkehr.....	122
5	Wettbewerb bei der Taxivermittlung.....	124
6	Handlungsempfehlungen.....	127
<b>Wettbewerb in der deutschen Kinder- und Jugendhilfe.....</b>		<b>128</b>
1	Einführung in die Thematik und Problemaufriss .....	128
2	Organisation und Entwicklung öffentlicher Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe.....	130
2.1	Organisation.....	130
2.2	Entwicklung öffentlicher Ausgaben.....	132
3	Grundlagen des Wettbewerbs in der Kinder- und Jugendhilfe.....	133

3.1	Besonderheiten sozialer Dienstleistungen in der Kinder- und Jugendhilfe.....	133
3.2	Effizienzbegriff, Wettbewerb und Freiheit .....	135
3.2.1	Weiter Effizienzbegriff umfasst auch sozialen Mehrwert .....	135
3.2.2	Freiheit als Ergebnis von Wettbewerb.....	136
3.3	Grundfreiheiten, Kartell-, Beihilfe- und Vergaberecht.....	137
3.3.1	Grundfreiheiten .....	137
3.3.2	Kartellrecht .....	137
3.3.3	Beihilferecht.....	138
3.3.4	Vergaberecht .....	140
3.4	Beispiele der Einführung von Wettbewerb in die Kinder- und Jugendhilfe.....	143
3.4.1	Wettbewerbliche Neuordnung der Kinder- und Jugendhilfe.....	143
3.4.2	Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente: Einzelfallbezogene Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen .....	143
3.4.3	Das Gutscheinsystem in der Kinderbetreuung.....	146
4	Wettbewerbsdefizite und Gemeinnützigkeit.....	148
4.1	Steuerliche Privilegien gemeinnütziger Träger.....	149
4.2	Ungleiche Förderpraxis bei Kindertageseinrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft....	150
4.3	Institutionelles Wettbewerbshemmnis: Der Jugendhilfeausschuss .....	153
5	Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen.....	155
5.1	Grundfreiheiten und Kartellrecht.....	155
5.2	Beihilferecht.....	155
5.3	Vergaberecht.....	156
5.4	Entgeltreform .....	156
5.5	Steuerliche Privilegien gemeinnütziger Träger.....	157
5.6	Ungleiche Förderpraxis von Kindertageseinrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft...	157
5.7	Institutionelles Wettbewerbshindernis: Der Jugendhilfeausschuss.....	157
	<b>Datenzugang der Monopolkommission.....</b>	<b>158</b>
1	Weiterhin unzureichender Datenzugang der Monopolkommission.....	158
2	Umfassendes Akteneinsichtsrecht der Monopolkommission .....	159
3	Keine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung der Monopolkommission ohne umfassenden Datenzugang.....	160
4	Zweckbindung der Ermittlungen des Bundeskartellamtes.....	162
5	Effektive Aufgabenwahrnehmung durch das Bundeskartellamt weiterhin möglich.....	163
6	Folgerungen.....	164

**Kapitel II**

<b>Stand und Entwicklung der Konzentration und Verflechtung von Großunternehmen .....</b>	<b>165</b>
1 Gegenstand und Ziel der Untersuchung.....	165
2 Die 100 größten Unternehmen 2010 und 2012.....	167
2.1 Methodische Vorbemerkungen.....	167
2.2 Seit dem Berichtsjahr 2010 eingetretene Veränderungen.....	169
2.3 Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der „100 Größten“ .....	178
2.3.1 Wertschöpfung.....	178
2.3.2 Beschäftigte.....	186
2.3.3 Sachanlagen.....	188
2.3.4 Cashflow.....	189
2.4 Rechtsformen der „100 Größten“ .....	191
3 Branchenspezifische Betrachtung.....	191
3.1 Aussagegehalt der branchenspezifischen Geschäftsvolumina.....	191
3.2 Industrie.....	192
3.3 Handel.....	197
3.4 Verkehr und Dienstleistungen.....	200
3.5 Kreditgewerbe.....	201
3.6 Versicherungsgewerbe.....	203
4 Verflechtungen der „100 Größten“ .....	205
4.1 Problemstellung.....	205
4.2 Anteilsbesitz an den „100 Größten“ .....	207
4.2.1 Gegenstand und Datenquellen.....	207
4.2.2 Zusammenfassende Betrachtung aller Anteilseigner der „100 Größten“ .....	207
4.2.3 Beteiligungen aus dem Kreis der „100 Größten“ .....	216
4.3 Personelle Verflechtungen.....	220
4.3.1 Methodische Vorbemerkungen.....	220
4.3.2 Darstellung der personellen Verflechtungen zwischen den „100 Größten“.....	221
4.3.3 Aufschlüsselung der Kontrollgremien nach Gruppen von Mandatsträgern.....	225
5 Die Beteiligung der „100 Größten“ an den beim Bundeskartellamt angemeldeten Unternehmenszusammenschlüssen und an den Freigabeentscheidungen.....	228

**Kapitel III**

<b>Europäisches Verflechtungsnetzwerk.....</b>	<b>233</b>
1 Gegenstand und Ziel der Untersuchung.....	233
2 Methodische Vorbemerkungen und Stichprobenauswahl.....	233
2.1 Theoretische Grundlagen und empirische Literatur.....	233

2.2	Datengrundlage.....	235
2.2.1	Stichprobe.....	235
2.2.2	Patentdaten.....	240
2.2.3	Lerner Index und Wettbewerbsmaß .....	242
3	Empirische Befunde.....	245
3.1	Darstellung personeller und kapitalmäßiger Verflechtungen.....	245
3.1.1	Personelle Unternehmensverflechtungen nach Ländern und Branchenzugehörigkeit.....	245
3.1.2	Kapitalmäßige Verflechtungen nach Ländern und Branchen.....	250
3.1.3	Verflechtungsnetzwerke über Geschäftsführungsmitglieder und parallele Kapitalbeteiligungen.....	254
3.2	Zusammenhang zwischen Unternehmensverflechtungen und finanziellen Erfolgsgrößen...	257
3.2.1	Personelle Verflechtungen.....	258
3.2.2	Kapitalverflechtungen.....	260
3.2.3	Zusammenfassung und Ausblick.....	262
3.3	Personelle Verflechtungen und Innovationstätigkeit von Unternehmen.....	263
3.3.1	Untersuchungsgegenstand.....	263
3.3.2	Methodische Vorbemerkungen und empirische Befunde.....	265
3.3.3	Diskussion der Ergebnisse und Ausblick .....	269

## Kapitel IV

<b>Kartellrechtliche Entscheidungspraxis.....</b>	<b>271</b>
1 Deutsche Fusionskontrolle .....	271
1.1 Einführung: Die Übernahme des SIEC-Tests in die deutsche Fusionskontrolle.....	271
1.1.1 Prüfungsvoraussetzungen des neuen Untersagungskriteriums.....	273
1.1.2 Erste praktische Erfahrungen mit der Anwendung des SIEC-Tests.....	277
1.2 Statistischer Überblick über die Fusionskontrollpraxis im Berichtszeitraum.....	278
1.3 Parallele internationale Zuständigkeiten und divergierende Entscheidungen .....	283
1.4 Marktabgrenzung.....	285
1.5 Marktbeherrschung .....	288
1.5.1 Marktbeherrschung bei Kabelnetzbetreibern.....	289
1.5.2 Marktbeherrschung auf regionalen Märkten für Finanzprodukte.....	290
1.5.3 Unterschiedliche Bewertung eines Fusionsvorhabens je nach Untersagungskriterium .....	291
1.6 Anwendung der Abwägungsklausel.....	294
1.7 Sanierungsfusionen.....	295
1.8 Abhilfemaßnahmen.....	298
2 Europäische Fusionskontrolle.....	300
2.1 Einführung.....	300

2.2	Statistischer Überblick.....	300
2.3	Zuständigkeit.....	302
2.3.1	Keine Verweisung bei kleinteiligen, aber grenzüberschreitenden Märkten.....	302
2.3.2	Verweisungsanträge im Mobilfunkmarkt.....	303
2.3.3	Reform des Verweisungsregimes.....	305
2.4	Wettbewerbliche Beurteilung.....	307
2.4.1	Maßgebliches „Counterfactual“ und Sanierungsfusion.....	308
2.4.2	Gegengewichtige Nachfragemacht der Abnehmer und Verhandlungsmacht der Zusammenschlussparteien.....	309
2.4.3	Quantitative Analysen.....	314
2.4.3.1	Anwendung des UPP-Ansatzes und Merger Simulation.....	315
2.4.3.2	Wettbewerbliches Näheverhältnis .....	321
2.4.3.3	Quantifizierung des Effizienzeinwands.....	323
2.4.4	Effizienzen.....	326
2.4.4.1	Voraussetzungen des Effizienzeinwands .....	328
2.4.4.2	Teilweise Anerkennung von Effizienzgewinnen.....	329
2.4.4.3	Synergien in Fusionskontrollfällen.....	330
2.5	Abhilfemaßnahmen.....	331
2.5.1	Veräußerungszusagen.....	331
2.5.2	Lebensfähigkeit des zu veräußernden Geschäftsbereichs.....	332
2.5.3	Marktöffnungs- und Verhaltenszusagen.....	333
2.5.4	Upfront-Buyer-Zusagen.....	334
2.5.5	Unzureichende Zusagenangebote.....	335
2.6	Rechtsprechung.....	336
2.7	Legislative Entwicklungen.....	340
2.7.1	Verfahrensvereinfachung in der ersten Verfahrensphase.....	340
2.7.2	Minderheitsbeteiligungen ohne Kontrollerwerb.....	341
3	Marktmachtmissbrauch bei der Versorgung mit Fernwärme?.....	344
3.1	Grundlegende Wettbewerbssituation und Sektoruntersuchung des Bundeskartellamtes.....	345
3.2	Wärmemarkt oder Markt für Fernwärme?.....	346
3.3	Wirkung von Preismissbrauchsverfahren als regulierungsähnliche Marktaufsicht.....	348
4	Kartelle und Kartellverfahren.....	351
4.1	Ökonomische Methoden einer proaktiven Kartellverfolgung .....	351
4.1.1	Einführung.....	351
4.1.2	Konzepte.....	352
4.1.2.1	Struktureller Ansatz.....	352
4.1.2.2	Verhaltensorientierter Ansatz.....	354
4.1.3	Stand der Amtspraxis .....	356

4.1.4	Würdigung .....	357
4.2	Schwerpunktbereiche der Kartellverfolgung.....	358
4.2.1	Drogerieartikel.....	358
4.2.2	Schienen, Weichen und Schwellen.....	363
4.2.3	Baustoffe.....	368
5	Vertriebsbeschränkungen (insbesondere: Internetvertrieb).....	375
5.1	Preisbindungen (Festool, Dr. Hauschka).....	376
5.2	Bestpreisklauseln: Bindung von Wettbewerbern des Plattformbetreibers (Plattformneutralität) (Amazon).....	376
5.3	Bestpreisklauseln: Bindung von (reinen) Nutzern einer Plattform (Hotelbuchungsportale). 377	
5.4	Behinderung des Internetabsatzes (Haus- und Gartengeräte sowie Sportartikel).....	379
6	Sanktionen und Schadenersatz.....	384
6.1	Verfassungsrechtliche Fragen.....	384
6.1.1	Bußgeldhöhe.....	385
6.1.2	Vergleichsverfahren.....	386
6.1.3	Verzinsungspflicht bei Kartellgeldbußen.....	387
6.2	Private Kartellverfolgung.....	388
6.3	Bedeutung von Compliance.....	392
7	Spezielle Wirtschaftsbereiche.....	394
7.1	Geistiges Eigentum im Wettbewerb.....	394
7.1.1	Grundlegende Elemente der Anwendung des Kartellrechts im Bereich des geistigen Eigentums.....	396
7.1.2	Zugang zu standardessenziellen Patenten (SEP).....	399
7.1.2.1	Überblick: Patente und Standards.....	400
7.1.2.2	Vorreiterfunktion des BGH: Der Orange Book-Standard und dessen Weiterentwicklung..	401
7.1.2.3	Stellungnahme der Monopolkommission.....	403
7.1.2.4	Ausblick: Lösungsansätze jenseits des Wettbewerbsrechts.....	405
7.1.3	Reform des europäischen Technologietransfer-Regimes.....	406
7.1.4	Nutzung von proprietären Informationen als Marktstandards.....	408
7.1.4.1	Datenstandards als Plattform.....	409
7.1.4.2	Wertpapiercodes als Plattform: Standard & Poor's und Reuters Instruments Codes.....	411
7.1.4.3	Kollektive Lizenzverweigerung: Credit Default Swap-Informationen.....	413
7.1.4.4	Fazit: Interoperabilität durch kartellrechtliche Einhegung von geistigem Eigentum an Marktstandards.....	414
7.1.5	Europäisierung der audiovisuellen Leistungsschutzrechte?.....	415
7.2	Medien.....	418
7.2.1	Besondere Verantwortung des Staates.....	418
7.2.2	Videoportale privater und öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten.....	419

7.2.3	Verteidigung des Systems des deutschen Presse-Grosso.....	422
7.3	Krankenversicherung.....	423
7.3.1	Rechtswegzersplitterung im Verfahrensrecht.....	423
7.3.2	Gemischtes Bild im materiellen deutschen Recht.....	423
7.3.3	Anwendungsbereich des europäischen Wettbewerbsrechts.....	424
7.3.4	Betrachtung des Gesamtmarkts und Ausblick.....	426
8	Verfahrensrelevanz quantitativer Methoden .....	426
9	Ex-post-Evaluation der Amtspraxis.....	429
9.1	Einführung.....	429
9.2	Stand der Evaluationspraxis.....	430
9.3	Würdigung .....	431
10	Markttransparenzstelle für Kraftstoffe.....	432
10.1	Einführung.....	432
10.2	Funktionalität .....	433
10.3	Resonanz und Entwicklung.....	434
10.4	Würdigung.....	437

## Kapitel V

### Kommunale Wirtschaftstätigkeit und der Trend zur Rekommunalisierung.....439

1	Aktuelle Entwicklungen: Rekommunalisierung und unternehmerische Tätigkeit der kommunalen Hand.....	439
1.1	Entwicklung kommunalen Unternehmertums.....	439
1.2	Motive für die Ausdehnung kommunaler Wirtschaftstätigkeit.....	447
2	Rahmenbedingungen der kommunalen Tätigkeit .....	449
2.1	Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen.....	449
2.1.1	Grundlegende Beschränkungen des kommunalen Tätigkeitsfeldes.....	449
2.1.2	Erfordernis eines öffentlichen Zwecks und länderspezifische Regelungen der Kommunalverfassung.....	450
2.1.3	Wettbewerbsrechtliche Schranken kommunaler unternehmerischer Tätigkeit.....	453
2.1.3.1	Anwendung des Kartellrechtes und die Frage der Preishöhenkontrolle.....	453
2.1.3.2	Grenzen aus der Anwendung des Beihilfe- und Vergaberechtes.....	454
2.2	Ökonomische Theorie und Empirie kommunaler Unternehmen.....	456
2.2.1	Effizienz kommunaler Betreiber natürlicher Monopole.....	457
2.2.2	Probleme der Verfolgung kommunalpolitischer Ziele und fiskalischer Interessen.....	460
2.2.3	Fazit: Wenige Argumente können im Einzelfall für kommunale Wirtschaftstätigkeit sprechen.....	462
2.3	Umsetzungsmöglichkeiten öffentlicher Aufgaben.....	462



2.3.1	Organisationsformen kommunaler Unternehmen.....	462
2.3.2	Public-Private-Partnerships.....	464
3	Allgemeiner Handlungsbedarf: Verbessern von Transparenz und Gebührenaufsicht.....	465
3.1	Transparenz über kommunale Wirtschaftstätigkeit.....	465
3.1.1	Zunehmende Transparenz und Vergleichbarkeit durch neue Rechnungslegung.....	466
3.1.2	Unterschiede in den Beteiligungsberichtspflichten der Bundesländer.....	467
3.1.3	Verbesserung der Transparenz über kommunale Wirtschaftstätigkeit notwendig.....	468
3.2	Gebührenaufsicht und Gebührentransparenz.....	470
3.2.1	Warum Entgelte kommunaler Unternehmen kontrollieren?.....	470
3.2.2	Konzepte zur Aufsicht über Entgelte kommunaler Unternehmen.....	472
3.2.3	Praktische Wirksamkeit von Entgeltregulierung und kartellrechtlicher Preisaufsicht.....	474
3.2.4	Eingeschränkte Wirksamkeit der Gebührenaufsicht.....	475
3.2.4.1	Entgeltmaßstab im Gebührenrecht.....	475
3.2.4.2	Praktische Probleme der Gebührenaufsicht.....	476
3.2.5	Gebührenaufsicht durch Erlöstransparenz kommunaler Leistungen stärken.....	478
4	Analyse spezifischer Probleme in ausgewählten Wirtschaftsbereichen.....	479
4.1	Wassersektor.....	479
4.1.1	Forderungen der Monopolkommission im XVIII. Hauptgutachten.....	480
4.1.2	Preismissbrauchsverfahren.....	481
4.1.3	Weitere Initiativen.....	483
4.1.4	Handlungsbedarf.....	484
4.2	Telekommunikation.....	484
4.2.1	Art und Umfang kommunaler Tätigkeit.....	484
4.2.2	Motivation für kommunales Engagement auf Telekommunikationsmärkten.....	487
4.2.3	Wettbewerbsverzerrungen durch kommunales Engagement.....	487
4.2.4	Folgerungen.....	488
4.3	Energiesektor.....	489
4.3.1	Keine überzeugenden Gründe für die (Re-)Kommunalisierung im Energiesektor.....	489
4.3.2	Wettbewerblichere Gestaltung der Konzessionsvergabe notwendig.....	492
5	Aktuelle Probleme in der Entsorgungswirtschaft .....	494
5.1	Der gegenwärtige Ordnungsrahmen in Deutschland.....	494
5.1.1	Entsorgung des Hausmülls.....	495
5.1.2	Duales System.....	497
5.1.3	Gewerbliche Sammlungen.....	499
5.2	Probleme und Empfehlungen im Bereich Hausmüll.....	500
5.2.1	Die Doppelfunktion der Kommunen.....	500
5.2.2	Empfehlung: Wettbewerb zwischen kommunalen und privaten Entsorgern von Hausmüll schaffen.....	501

5.3	Probleme und Empfehlungen im Bereich des dualen Systems.....	503
5.3.1	Instabilitäten des dualen Systems.....	503
5.3.2	Empfehlung: keine Kommunalisierung des dualen Systems.....	505
5.4	Probleme und Empfehlungen im Bereich der gewerblichen Sammlungen.....	506
5.4.1	Gesetzesnovelle erschwert Wettbewerb privater gewerblicher Sammler.....	506
5.4.2	Empfehlung: keine Priorisierung kommunaler Sammlungen.....	508
6	Fazit mit Handlungsempfehlungen.....	510

## Kapitel VI

<b>Wettbewerb auf den Finanzmärkten.....</b>	<b>512</b>
1 Einleitung.....	512
2 Die Finanzmärkte.....	513
2.1 Funktionen.....	513
2.2 Die Bankensysteme.....	514
2.2.1 Das deutsche Bankensystem.....	514
2.2.2 Europäische Banken- und Finanzsysteme.....	521
2.3 Relevanz von sonstigen Aspekten.....	525
3 Systemrelevanz und Systemstabilität.....	525
3.1 Einleitung.....	525
3.2 Die Stabilisierung der Finanzmärkte auch an wettbewerbspolitischen Zielen ausrichten.....	526
3.3 Systemrelevanz als Stabilitätsproblem.....	528
3.3.1 Merkmale von Systemrelevanz.....	528
3.3.2 Ausprägungen von Systemrelevanz (too big/too connected/too many to fail).....	530
3.4 Implizite Staatsgarantien als Wettbewerbsproblem.....	531
3.4.1 Inhalt und Wirkung impliziter Garantien.....	532
3.4.2 Rettungserwartungen als Ursache.....	533
3.4.3 Inadäquate Regulierung als tiefere Ursache.....	536
3.5 Implizite Staatsgarantien in der Finanzkrise.....	537
3.5.1 Entwicklung von impliziten Garantien.....	538
3.5.1.1 Begünstigung von mit impliziten Garantien einhergehenden Unternehmensstrukturen.....	538
3.5.1.2 Begünstigung von potenziell systemgefährdenden Geschäften.....	539
3.5.1.3 Von Intransparenz und Informationsasymmetrien geprägtes Geschäftsumfeld.....	542
3.5.1.4 Besondere Situation der Landesbanken.....	544
3.5.1.5 Krisenfall der HRE.....	545
3.5.2 Inanspruchnahme der impliziten Garantien und Marktergebnis .....	545
3.5.3 Rechtsrahmen in EU-Beihilfverfahren.....	555
3.6 Beurteilung der neueren Regulierung – Verminderung der Wettbewerbsverzerrungen?.....	559

3.6.1	Neutralisierung der impliziten Garantien bei Marktaustritt.....	559
3.6.1.1	Abwicklung und Bankenabgabe.....	559
3.6.1.2	Aufspaltung bzw. interne Auslagerung von Geschäftsaktivitäten (Trennbankenlösung).....	576
3.6.1.3	Einlagensicherung und verbandsgetragene Sicherungssysteme.....	581
3.6.2	Internes Wachstum: Begrenzung von riskanten Aktivitäten.....	585
3.6.2.1	Eigenmittel- und Liquiditätsvorgaben.....	585
3.6.2.2	Weitere regulatorische Begrenzung von Handelsaktivitäten.....	605
3.6.2.3	Steuerliche Begrenzung von Handelsaktivitäten (Finanzmarktsteuer).....	614
3.6.2.4	Sanktionen.....	617
3.6.3	Externes Wachstum: Einführung einer Finanzfusionskontrolle?.....	618
3.6.4	Erhöhung der Transparenz.....	619
3.6.4.1	Ebene der Aufsichtsbehörden.....	619
3.6.4.2	Ebene der professionellen Marktteilnehmer.....	622
3.6.4.3	Ebene der Verbraucherinnen und Verbraucher.....	625
3.6.4.4	Ratings.....	626
3.7	Notwendige Erweiterung der Regulierung (Schattenbanken).....	627
3.7.1	Probleme der regulatorischen Erfassung.....	628
3.7.2	Implizite Garantien im Schattenbankwesen.....	629
3.7.2.1	Private Equity.....	630
3.7.2.2	Hedgefonds.....	631
3.7.2.3	Geldmarktfonds.....	633
3.7.2.4	Andere Organismen und Investoren.....	634
3.7.3	Regulierungsarbitrage über Schattenbanken.....	634
3.7.4	Bisherige Regulierungsansätze: Schritte in die richtige Richtung.....	635
3.8	Mittel- und langfristige Weiterentwicklung der Regulierung.....	637
3.8.1	Wettbewerbsverzerrungen durch ungleichmäßige regulatorische Belastung vermeiden bzw. abbauen.....	637
3.8.2	Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Marktteilnehmer schützen.....	641
3.8.3	Einer weiteren Fragmentierung der Finanzmärkte entgegenwirken.....	642
3.9	Zwischenergebnis.....	644
4	Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankensystems.....	646
4.1	Überblick.....	646
4.2	Öffentlicher Auftrag der Staatsbanken ist klarer zu fassen.....	647
4.2.1	Sparkassen.....	650
4.2.2	Landesbanken.....	652
4.2.3	Förderbanken.....	654
4.3	Verbundstrukturen und -kooperation sind schärfer zu beobachten.....	657
4.3.1	Allgemeines Wettbewerbsrecht innerhalb der Verbundgruppen grundsätzlich anwendbar.....	657

4.3.1.1	Die Sparkassen-Finanzgruppe im Finanzverbund der öffentlichen Banken.....	658
4.3.1.2	Die genossenschaftliche Finanzgruppe im Finanzverbund der Genossenschaftsbanken.....	659
4.3.2	Wettbewerbliche Beurteilung der Verbundstrukturen.....	661
4.3.2.1	Wegfall der wirtschaftlichen Selbstständigkeit?.....	661
4.3.2.2	Strukturelle Verfestigung?.....	663
4.3.3	Wettbewerbliche Beurteilung der sonstigen Beziehungen im Verbund.....	665
4.3.3.1	Besonderheiten der Verbundkooperation von Sparkassen und Genossenschaftsbanken.....	665
4.3.3.2	Gesetzliche Ausgestaltung der Verbundkooperation in der öffentlichen Säule.....	666
4.3.3.3	Die Rolle der Verbände.....	667
4.3.3.4	Die Rolle der Zentralbanken und überregionalen Verbundinstitute.....	675
4.3.3.5	Sonstige Koordination der Verbundmitglieder.....	678
4.3.4	Zwischenergebnis.....	679
4.4	Wettbewerbspolitische Beurteilung des Regionalprinzips in den Sparkassengesetzen.....	680
4.4.1	Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher Strategie und gesetzlicher Vorgabe.....	680
4.4.2	Verbot wettbewerbswidriger Maßnahmen in Bezug auf öffentliche Unternehmen (Art. 106 Abs. 1 AEUV).....	682
4.4.3	Keine wettbewerbliche Rechtfertigung.....	686
4.4.4	Keine Rechtfertigung durch den Vorrang zwingenden Verfassungsrechts.....	689
4.4.5	Keine Rechtfertigung durch Gemeinwohlinteressen (Daseinsvorsorge).....	690
4.4.6	Keine sonstige Rechtfertigung aus Rechtsgründen.....	693
4.4.7	Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit (Art. 101 Abs. 1 lit. c AEUV i. V. m. Art. 4 Abs. 3 EUV).....	694
4.4.8	Zwischenergebnis.....	695
4.5	Handlungsbedarf in Teilbereichen aufgrund beihilferechtlicher Risiken.....	695
4.5.1	Mögliche Beihilfen zugunsten der Sparkassen-Finanzgruppe.....	696
4.5.1.1	Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung?.....	696
4.5.1.2	Fortbestehende Beihilfen für die Landesbanken.....	697
4.5.1.3	Fortbestehende gesetzliche Vorteile für die Sparkassen.....	698
4.5.2	Beihilfen zugunsten der Förderbanken.....	701
4.5.3	Zwischenergebnis.....	707
4.6	Die Öffnung der Sparkassengruppe für mögliche Privatisierungen fortsetzen.....	707
4.6.1	Bisherige Entwicklungen in Richtung einer möglichen Privatisierung.....	707
4.6.2	Privatisierungsoption zur besseren Durchsetzung von Gemeinwohlinteressen.....	710
4.6.3	Zwischenergebnis.....	714
5	Finanzprodukte und -transaktionen.....	715
5.1	Allgemeine Marktsituation.....	715
5.2	Kartellprobleme bei Referenzwerten und anderen Finanzinformationen.....	716
5.3	Sonstige Wettbewerbsrisiken auf den Kapitalmärkten.....	724

5.4	Missbrauchsprobleme im Zahlungsverkehr.....	725
5.4.1	Karten- und elektronische Zahlungen.....	725
5.4.2	Geldautomatenentgelte.....	729
5.5	Wettbewerbs- und Verbraucherschutz.....	731
5.6	Implizite Garantien für Finanzprodukte.....	732
5.6.1	Pfandbriefe und vergleichbare besicherte Anleihen (Covered Bonds).....	732
5.6.2	Staatsanleihen und andere Anleihen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben.....	733
6	Zusammenfassung: Grundthesen und Empfehlungen.....	734
<b>Anhang A:</b>	<b>Anhang Kapitel II.....</b>	<b>736</b>
<b>Anhang B:</b>	<b>Anhang Kapitel III.....</b>	<b>755</b>
<b>Anhang C:</b>	<b>Anhang Kapitel VI.....</b>	<b>758</b>
<b>Anhang D:</b>	<b>Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Auszug: §§ 44 bis 47).....</b>	<b>776</b>
<b>Anhang E:</b>	<b>Untersagungen durch das Bundeskartellamt.....</b>	<b>779</b>
<b>Anhang F:</b>	<b>Veröffentlichungen von im Auftrag der Monopolkommission erstellten Gutachten....</b>	<b>797</b>
<b>Anhang G:</b>	<b>Gutachten der Monopolkommission.....</b>	<b>802</b>
<b>Summary.....</b>		<b>806</b>